

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

30.10.1919 (No. 254)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredak-
teur
E. A. M. u. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 6 A 90 P — Einzelnummer 15 P — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltenen Zeilen oder deren Raum 35 P zuzüglich 30 % Leierungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht können vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedeutung, zwangsweiser Verteilung und Konturüberfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Mehrarbeit der Transportarbeiter im Hinblick auf die Kohlennot.

** Um der bedrohlichen Gefährdung des badischen Wirtschaftslebens durch den Kohlenmangel nach Möglichkeit abzuwehren, hat sich das Arbeitsministerium an die Organisationen der Transportarbeiter mit der Bitte gewandt, zur Verjüngung Süddeutschlands über die Mittel der Sonntagsfahrten in den Betrieben der Rhein-Schiffahrt zu leisten. Der Deutsche Transportarbeiterverband, Mitglied der Binnen-Schiffer und Führer des Rheins, St. Duisburg, hat dieser Bitte entsprochen. Das Schiffpersonal in den Häfen wird während des Monats November täglich zwei Überstunden machen und auch an den Sonntagen arbeiten. Dieses Einspringen der organisierten Arbeiterschaft für ihre durch Arbeitslosigkeit bedrohten badischen Kameraden und für die gesamte Volkswirtschaft verdient höchste Anerkennung und Nachahmung an all den Stellen, wo die gegenwärtige Wirtschaftskrise durch intensive Arbeit gemildert werden kann.

Völlige Einstellung des Personenverkehrs wegen Kohlenmangel.

** In der Sitzung des badischen Landtags vom 29. Oktober führte der Finanzminister Dr. Wirth aus:

„Bis heute, 29. Oktober abends, wird der Kohlenvorrat der badischen Staatsbahnen nur noch für 5 1/2 Tage ausreichen. Der Tagesverbrauch beträgt zurzeit 1900 Tonnen. Im Laufe des heutigen Tages sind etwas über 2300 Tonnen in Mannheim angekommen, davon 167 Tonnen mit der Bahn, der Rest in Schiffen. Weitere 5200 Tonnen schwimmen zur Zeit. Wann sie in unseren Händen sein können, ist noch nicht abzusehen. Durch Nebel, Niedermasser usw. können nicht vorherzusehende Verzögerungen eintreten.“

Die Verjüngung der badischen Staatsbahnen mit Kohlen ist der Hauptfrage nach auf die Rheinwasserstraße angewiesen. Seitdem infolge des niederen Wasserstandes die Kohlenvorräte bedenklich zu schwinden begannen, hat die Generaldirektion nichts unversucht gelassen, um wenigstens einen Teil ihres täglichen Kohlenbedarfs auf dem Bahnweg zugeführt zu erhalten. Sie hat auch schließlich die Zusage für zwei Züge zu 750 Tonnen, also 1500 Tonnen täglich erhalten. Die beiden ersten Züge dieser Art sind von der Ruhr am 27. Oktober abgerollt; vor dem 31. Oktober, vielleicht auch 1. November, ist mit ihrem Eintreffen nicht zu rechnen.

Sollten die Kohlenvorräte sich weiter verringern, so müssen, um wenigstens den notwendigen Verkehr aufrecht zu erhalten zu können, außergewöhnliche Mittel ergriffen werden. Sobald der sichtbare oder mit völliger Sicherheit in gegebener Zeit zu erwartende Kohlenvorrat für weniger als 3 Tage ausreichen sollte, ist beabsichtigt, den Personenverkehr völlig einzustellen und den Güterverkehr auf die Beförderung der allenotwendigsten Güter, also im wesentlichen der unerlässlichen Lebensmittel und von Heizstoff, soweit sie für das badische Land bestimmt sind, so lange zu beschränken, bis eine sichtbare Besserung des bedrohlichen Zustandes eingetreten oder wenigstens in sichere Nähe gerückt ist. Da zwischen dem jetzt noch vorhandenen Kohlenvorrat und seiner in Aussicht genommenen Untergrenze für 3 Tage nur eine geringe Spannung besteht, wird bei der Unsicherheit des Zulaufs von Kohlen die Eisenbahnverwaltung unter Umständen genötigt sein, die geplanten Verkehrsbeschränkungen mit kürzester Frist in Kraft treten zu lassen, ohne daß es möglich wäre, den Zeitpunkt ihres Eintretens einige Zeit vorher bekannt zu geben. Die Schwierigkeit könnte morgen abend bereits eintreten.“

Gegen Schleichhändler, Schieber und Wucherer.

** Das Justizministerium hat im Anschluß an eine Besprechung mit den Ersten Staatsanwälten des Landes und an die dort erteilten mündlichen Aufträge Veranlassung genommen, den Staatsanwaltschaften noch folgende Anweisungen zugehen zu lassen:

„In enger Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden ist bei Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Verordnungen zur Sicherung der Volksernährung, insbesondere derjenigen, die aus schnöder Gewinnsucht oder Widersechlichkeit entspringen, gegen Schleichhändler, Schieber und Preiswucherer mit allen Mitteln sowie mit aller Schärfe vorzugehen und bei zu milden Urteilen der Schöffengerichte Verurteilung durchzuführen. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß in allen schweren Fällen neben empfindlichen Geldstrafen und Eingehungen auch Freiheitsstrafen ausgesprochen werden. Die Strafverfahren wegen wirtschaftlicher Verfehlungen sind mit größtmöglicher Beschleunigung durchzuführen, der Strafvollzug ist ungesäumt einzuleiten. Das Justizministerium wird den Staatsanwaltschaften Mittel zu Belohnungen für besonders eifrige und erfolgreiche Beamte der Kriminalpolizei und Genbarmerie, aber auch für andere Personen zur Verfügung stellen, die durch begründete Anzeigen und geeignete Mitteilungen ermöglichen, daß Zuwiderhandlungen gegen die wirtschaftlichen Vorschriften, insbesondere zur Sicherung der

Volksernährung, in noch größerem Umfang als bisher zur Verfolgung gelangen. Empfohlen wird ausgiebige Verwendung der Presse zwecks Heranziehung des gutgemeinten Teils der Bevölkerung zur Mitarbeit und Bekanntgabe der Namen von Schleichhändlern, Schiebern und Preiswucherern sowie von Personen, die ihrer Ablieferungspflicht geflißentlich, aus Widersechlichkeit oder Gewinnsucht nicht nachkommen. Wer sich in dieser schweren Zeit in solcher Weise an den Volksgenossen veründigt, soll, abgesehen von empfindlicher Verurteilung, in unnachlässiger Weise an den Pranger gestellt werden.“

Von dieser Anweisung an die Staatsanwaltschaften wurde auch den Gerichten Kenntnis gegeben. Das Justizministerium hat außerdem die Gerichte und Staatsanwaltschaften wissen lassen, daß es nicht gesonnen sei, bei Schmugglern, Schiebern, Schleichhändlern und Preiswucherern, aber auch bei solchen, die ihrer Ablieferungspflicht aus schnöder Gewinnsucht oder Widersechlichkeit nicht nachkommen, eine Milderung der erkannten Strafen im Gnadenweg eintreten zu lassen. Diese Schädlinge an unserem Volkstörper müßten die ganze Strenge des Gesetzes fühlen.“

Die Brennholzverforgung.

** Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 16. Oktober 1919 regelt den Verkehr mit Brennholz. Das bisherige Verfahren der öffentlichen Bewirtschaftung ist beibehalten, eine Verschärfung der Vorschriften über die Bereitstellung und die Überwachung des Verkehrs mit Brennholz war im Hinblick auf die Notlage der Brennholzverforgung nötig.

Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Sämtliches Brennholz in Baden wird amtlich bewirtschaftet. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Landesbrennholzstelle, bezw. die staatl. Forstämter.

Den Waldbesitzern ist von der Landesbrennholzstelle bezw. den Forstämtern zur Auflage gemacht, bestimmte Brennholzmengen in ihren Waldungen bereitzustellen. Kommt der Waldbesitzer dieser Auflage nicht nach, so kann die Selbstaufbereitung durch die Wälschmer nach Leistung des Forstamts durchgeföhrt werden.

Die Waldbesitzer haben sämtliches nicht für den eigenen Bedarf benötigte Brennholz alsbald nach der Aufarbeitung dem Forstamt an zu melden. Die Anmeldung ist auch für sämtliches Schichtholz vorgeschrieben, das der Waldbesitzer als Kuchholz (Papierholz, Grubenholz, Birkenholz usw.) verkaufen will. Das Forstamt wird in jedem Fall entscheiden, ob das angemeldete Holz als Kuchholz zum Verlaufe freigegeben wird. Ohne forstamtliche Freigabe, die durch Überweisung des Holzes oder Aushändigung eines Freigabebescheins an den Waldbesitzer erfolgt, darf dieser kein Kuchschichtholz verkaufen. Die Forstämter sind berechtigt, zur Überwachung dieser Bestimmungen den gesamten Viebsanfall in den Privatwaldungen aufnehmen zu lassen.

Jeder freie Verkauf von Brennholz (auch Rinde, Stochholz, Wellen und Schlagraum) durch die Waldbesitzer sowie jeder freie Einkauf von Brennholz (auch durch Händler) ist verboten. Die Forstämter bezw. die Landesbrennholzstelle bestimmen, an wen das angemeldete Holz abgegeben ist. Für die Abgabe gelten die amtlichen Höchstpreise, die unter gewissen Voraussetzungen auf Antrag vom Forstamt erhöht werden können.

Die Versteigerung von Brennholz jeder Art mit Ausnahme des unaußereiteten Reisigs (Schlagraum) ist verboten. Wer Schlagraum versteigern will, hat die Verkaufsbedingungen vor dem Verkauf dem Forstamt zur Einsicht vorzulegen.

Das Holz wird in der Regel an die Gemeinden zugewiesen. Diese sind die Träger der Verteilung an die Verbraucher und für eine gleichmäßige und gerechte Verforgung der Einwohner verantwortlich. In den Städten wird der Holzbezug in Verbindung mit der Kohlenverforgung rationiert. Wer Brennholz braucht, hat es durch das Bürgermeisteramt bezw. die Ortskohlenstelle seines Wohnortes zu beziehen. Die Landesbrennholzstelle weist kein Holz unmittelbar an Verbraucher zu.

Der Verkauf von Schichtholz jeder Art (Brennholz und Kuchholz) bis zu 2 1/2 Meter Länge und Abfallholz von Sägemerken und sonstigen Betrieben ist nur mit abgestempelten Frachtbriefen zulässig. Die Abstempelung erfolgt für Brennholz durch die Landesbrennholzstelle. Für Kuchschichtholz sind die Frachtbriefe dem zuständigen staatlichen Forstamt vorzulegen, das beim Versand innerhalb Badens die Abstempelung vornimmt, beim Versand nach außerbadischen Plätzen die Frachtbriefe an die Außenhandelsstelle in Karlsruhe zur Genehmigung weitergibt. Die vorzulegenden Frachtbriefe müssen den Absender, den Empfänger, die Versandart und Holzarten enthalten und dürfen durch keinerlei Durchstreichungen oder Notizen geändert sein. Den Frachtbriefen für Kuchschichtholz sind die Loszettel bezw. Freigabebescheine beizulegen.

Für die Beförderung von Brennholz mit Fuhrwerk können die Forstämter die Einholung von Beförderungsscheinen verlangen. Die diesbezüglichen Anordnungen werden von den Forstämtern bekanntgegeben.

Die Ausführung von Brennholz aus Baden ist verboten. Ausnahmen werden nur in besonderen Fällen von der Landesbrennholzstelle genehmigt.

Zuwiderhandlungen gegen die erlassene Verordnung werden, soweit keine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

* Zur innerpolitischen Lage.

Betrachten wir die innerpolitische Lage, wie sie sich dem Auge des aufmerksamen Beobachters am heutigen Tage darstellt, so müssen wir sagen, daß es ein recht düsteres Bild ist, das wir erblicken. Die Schwierigkeiten, die dem Wiederaufbau entgegenstehen, haben sich in letzter Zeit vervielfältigt; und nur der allergrößten Geduld und Zähigkeit wird es gelingen, dieser Schwierigkeiten nach und nach Herr zu werden. Wir dürfen die Hoffnung jedoch unter keinen Umständen sinken lassen, wir müssen uns immer wieder von neuem aufraffen und unsere Pflicht tun, um die Existenz des Reiches und die Zukunft unseres Volkes zu retten. Wir müssen daran denken, daß der Zusammenbruch ein unerhört furchtbarer war, und daß die Folgen eines solchen Zusammenbruches sich nicht in kurzer Zeit beseitigen lassen. Noch stehen wir in den unmittelbaren Folgeerscheinungen der Niederlage und des uns von einem harten, grausamen Sieger aufgezwungenen Friedensvertrages mitten drin.

Die Nöte der Zeit richtig erkennen, bedeutet meistens schon den ersten Schritt auf dem Wege zu ihrer Überwindung. Und ferner hat sich gezeigt, daß bei energischem Zupacken und erneuten Besserungsversuchen sich immer noch dieses oder jenes Mittel der Abhilfe finden ließ. Worin drücken sich nun die Nöte der Zeit hauptsächlich aus? Da lesen wir eine vom Wolffsbureau weiterverbreitete Meldung des Pariser „Temps“, wonach die Amerikaner kategorisch erklärt hätten, sie würden uns keine Anleihe bewilligen, da man Deuten kein Geld leihe, die nicht arbeiten wollten und den Faulengern noch Arbeitslosenunterstützung gewährten. Wir glauben nicht, daß diese Meldung reiflos den Anschauungen Amerikas entspricht. Denn auch die Amerikaner werden klug genug sein, um einzusehen, daß wir die vielen Arbeitslosen nur deshalb zu unterstützen haben, weil man uns keinen Kredit einräumt, weil man uns nicht mit Rohprodukten versieht, und weil man uns nicht im Besitze der Kohlen beläßt, die notwendig sind, um unser Verkehrsweesen und unsere Industrie im Gang zu halten. Daß in weiten Schichten unseres Volkes noch eine gewisse Arbeitsunlust zu verspüren ist, müssen wir aber zugeben; und die vielen Streiks werden ganz sicher im gesamten Auslande als ein Beweis von Arbeitsunlust und Faulheit gedeutet. Insofern bildet die Meldung des „Temps“ also unter allen Umständen eine bitter ernste Mahnung. Hören die wilden Streiks nicht endlich auf, kehrt unser Volk in allen seinen Teilen nicht endlich zur Arbeitsfreudigkeit und Pflichttreue zurück, so werden die Amerikaner uns allerdings die dringend notwendigen Kredite verweigern.

Berührt wird mit dieser Kreditfrage die Gesamtfrage unserer Finanzgebarung. Wir wissen, daß unsere Finanzen sich in einem trostlosen Zustande befinden, daß es einer jahrzehntelangen Arbeit bedürfen wird, um sie wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen, und daß selbst dies nur möglich sein wird, wenn unser Volk arbeitet und nochmals arbeitet und immer wieder arbeitet.

Was die eigentliche innere Politik betrifft, so wird sie gekennzeichnet durch recht unfruchtbare Debatten in der Nationalversammlung, Debatten, an denen das Volk draußen wenig Freude hat. Beschämend muß auch die Tatsache wirken, daß in letzter Zeit die Sitzungen der Nationalversammlung so schwach besucht waren, daß Abstimmungen ausgeföhrt werden mußten. Auch hier zeigt sich also eine laze Auffassung vom Begriff der Pflichttreue, wie man sie den gewählten Vertretern des Volkes eigentlich nicht zutrauen sollte.

Herborgerufen wird die lähmende Polemik im Reichsparlament vor allem durch die oft maßlose und im Tone verletzende Art, wie die beiden extremen Parteien, die Parteien des Unmürzes von rechts und links, gegen die Reichsregierung und gegen die Regierungsparteien Front machen. Von irgendwelcher Rücksicht auf die unsagbaren Schwierigkeiten der Zeit, auf die Notlage unseres Volkes, auf die Zwangslage, in der sich die Reichsregierung befindet, ist bei dem Verhalten der Opposition wenig oder garnichts zu verspüren. Immer tun diese Herrschaften der Wahrheit zuwider so, als ob die Reichsregierung und die Regierungsparteien den Zusammenbruch und die furchtbaren Folgeerscheinungen dieses Zusammenbruches verschuldet hätten; immer versuchen sie, zu agitatorischen Zwecken den Eindruck zu erwecken, als ob Reichsregierung und Regierungsparteien kein andere

Ziel hätten, als das der völligen Verwüstung unseres Vaterlandes. Das ist eine nichts nützige, freudlose Politik. Denn Reaktion wie Linkradikalismus wissen ganz genau, daß die Männer der Reichsregierung nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht zum Wohle des Vaterlandes erfüllen, daß diese Pflichterfüllung wahrlich kein Vergnügen bedeutet, und daß nur das Verantwortungsbewußtsein sie auf ihren Plätzen festhält.

Weiterhin wird die innerpolitische Lage charakterisiert durch die Folgen der Kohlennot, mit der wir zu kämpfen haben, einer Not, die von Tag zu Tag schlimmere Formen annimmt. Was uns gestern der badische Finanzminister im Landtag über die Kohlenversorgung mitgeteilt hat, eröffnet eine geradezu erschreckende Perspektive. Wir sind heute bei der Eisenbahn soweit, daß wir mit einem völligen Ausgehen des Vorrates rechnen müssen. Sobald der Kohlenvorrat für weniger als 3 Tage ausreichen sollte, ist beabsichtigt, den Personenverkehr völlig einzustellen und den Güterverkehr auf die Beförderung der allernotwendigsten Güter (Lebensmittel und Heizmaterial) so lange zu beschränken, bis eine sichtbare Besserung des bedrohlichen Zustandes eingetreten oder wenigstens in sichere Nähe gerückt ist. Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß unter Umständen bereits morgen oder übermorgen der Personenverkehr eingestellt wird.

Hier im Süden ist man, und zwar übereinstimmend in Bayern, Württemberg und in Baden, der Ansicht, daß unsere Notlage vom Reichskohlenkommissar nicht genügend berücksichtigt worden ist. Mit aller Entschiedenheit haben die Regierungen der drei erwähnten Staaten dieser Auffassung nach Berlin hin Ausdruck gegeben, mit der bestimmten Erwartung, daß nun endlich etwas geschieht, um bei uns im Süden wenigstens die schlimmsten Folgen der Kohlennot zu verhüten.

Der badische Landtag hat gestern auch die Vorlage, betreffend die Gewährung einer Besatzungszulage für die Beamten und Staatsarbeiter, verabschiedet. Und zwar sind die vom Haushaltsausschuß beschlossenen, gestaffelten, nach Ortsgruppen zu verteilenden Sätze angenommen worden (mit 78 gegen 13 Stimmen). Nach der Auffassung des Haushaltsausschusses, welcher das Plenum beiratet, stellen die bewilligten Sätze das Maximum dessen dar, was der Landtag verantworten kann. Die Gesamtheit der Abgeordneten hat es mit der gewissenhaften Ausübung ihres Amtes nicht vereinbaren können, die von den Eisenbahnern geforderte Erhöhung der Sätze zu bewilligen. Sind die gestern bewilligten Sätze doch bereits so, daß sie die Gefahr eines Staatsbankrotts nahe rücken. Sowohl von dem Berichterstatter des Haushaltsausschusses, wie vom Finanzminister ist die Auffassung des Landtags und der Regierung mit allem Nachdruck vertreten worden.

Dabei hat der Finanzminister kräftige Worte gefunden zur Wahrung der Staatsautorität und es weiterhin verstanden, den ganzen Ernst unserer finanziellen Lage darzulegen. Einen etwaigen Streikversuch hat der Finanzminister kräftig gefehlt, ein Verdräger sei, nicht nur des Landes, sondern auch seiner eigenen Interessen. In die Kreise der Beamten und Staatsarbeiter müsse der Gedanke der Organisation noch mehr hineingetragen werden; mit organisierten Beamten und Arbeitern werde man stets zu einer Verständigung gelangen. Im übrigen müßten wir daran denken, daß, wenn die Kohlennot andauert, man unsere allerletzten Mittel aufzuwenden habe, um die durch die Stilllegung der Fabriken entstehende Not zu lindern.

Wir hoffen, daß die Beamten und Staatsarbeiter den guten Willen der Regierung und des Landtages, zu tun, was nur irgend getan werden konnte, anerkennen werden, und daß sie sich mit dem vom Landtag bewilligten, namentlich für Verbeiratete und Väter doch gewiß nicht niedrigen Sätzen einverstanden erklären werden. Wenn es nach der Finanzlage des Staates möglich gewesen wäre, mehr zu bewilligen, so hätten Regierung und Landtag, die sich doch aus Menschen mit mißführenden Herzen zusammensetzen, sicherlich noch mehr bewilligt. Aber die Frage durfte nicht allein nach dem gefühlsmäßigen Wünschen und Wollen entschieden werden, sondern auch nach den Erwägungen des Verstandes und der Vernunft. Es mußte die Frage aufgeworfen werden: Was können wir gerade noch tun, ohne den völligen Abbruch der Finanzen ins Bodenlose, ohne den Staatsbankrott herbeizuführen?

Die Beamten und Staatsarbeiter mögen versichert sein, daß Regierung und Landtag mit allem Ernst ihre Forderungen geprüft haben, und daß es nur der eiserne Zwang der Tatsachen gewesen ist, der sie veranlaßt, über Sätze nicht hinauszugehen, die bei einer rein verstandesmäßigen Beurteilung unserer finanziellen Lage schon als viel zu hoch, ja eigentlich als unmöglich erscheinen mußten. Wir hoffen, daß auch die Eisenbahner Einsicht genug entwickeln werden, um nun nicht mit übermäßigem Streikterrorismus das Werk des Landtages zunichte zu machen! Die Beamten und Staatsarbeiter sind ja nicht alleine auf der Welt. Sie sind nur eine Schicht der an Schichten reichen Bevölkerung. Und diese Bevölkerung würde es nicht verzeihen und es aufs schwerste beurteilen, wenn sich Kategorien von Beamten und Staatsarbeitern finden lassen

solten, die trotz der Bewilligung der Besatzungszulage zu streiken beginnen. Und gerade weil das Empfinden der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung so ist, halten wir von vornherein einen jeden Streikversuch für aussichtslos.

Deutsche Nationalversammlung.

In der Sitzung vom Mittwoch wurde die 2. Beratung des Haushalts: Reichswehr fortgesetzt. Die Abg. Marekly (D. B.), Stüden (Soz.), Raden (Ztr.) sprechen über eine Reihe die Reichswehr betreffende Fragen. Marekly verleiht u. a. die monarchisch gefinnten Offiziere, Stüden weist darauf hin, daß die Mehrzahl der Offiziere der Regierung feindlich gegenüberstehe, was auf die Disziplin abfärben müsse, Raden betont, daß die Kasernen nicht mehr Zummelplatz der Politik werden dürften, daß aber die Leute auf dem Boden der Verfassung stehen müßten. Nachdem noch der Abg. von Graefe (D. B.) heftige Angriffe gegen die Regierung, insbesondere gegen Ebert und Noske gerichtet hat, nimmt Reichswehrminister Noske das Wort: Herr von Graefes Rede ist selbst mordschändlich. Unser Heer und unser Volk brauchen zusammen unter der Last der vielfachen Übermacht und sind in allen Ehren aus dem Kriege hervorgegangen. Die Reibungen mit Litauen werden sich durch Verhandlungen beseitigen lassen. Der Rücktransport ist schwierig. Vielleicht wird uns ein teilweiser Transport bewilligt. Ich muß mir den Eingriff in die Versorgung der Truppen verbitten. Es ist nicht würdig, die Reichsregierung vorzuwerfen, sie verschleie sich den Ansprüchen der Reichswehr. Es fehlt vor allem an Rohstoffen und an Geld. Gesund wird die Kruppe erst, wenn unser Volk erst wieder ganz gesund ist. Der Mündener Geiselmord war furchtbar. Wer diese Dinge abwenden will, Sorge dafür, daß die Ordnung aufrecht erhalten wird. Die Verlingerung des Heeres ist langsam gegangen, weil der Friede immer noch nicht ratifiziert ist. Sie geht aber von statten. Die Generale sind so weit entlassen, daß wir nur noch die wirklich im Dienst stehenden haben. Ich frage niemanden nach seinem politischen Glaubensbekenntnis. Die Farben schwarz-weiß-rot sind nicht die Reichsfarben. Es darf nicht damit demonstriert werden. Wer sich nicht auf den Boden der Tatsachen stellt, kann gehen. Eine Reihe von gebienten Unteroffizieren ist bereits zu Offizieren befördert. In der Marine sind 60 Prozent aller Stellen für den Nachschub aus den Mannschaften freigehalten. Wir werden im allgemeinen die Leute mit 18 Jahren einstellen. Wer mit 30 Jahren dann austritt, muß, wenn er nicht Offizier geworden ist, wissen, was er werden will. Wir werden ihm also den Zivilversicherungsgeld geben müssen. Wir müssen den Leuten eine Aussicht bieten. Die Reichswehr muß so gestaltet werden, daß sie dem Reiche einen Halt gewährt auf seinem Wege zum Neuaufbau. Die Reichswehr sollte nicht Sache des Parteienkampfes sein. Wer will, daß man Respekt haben soll vor den im Exil lebenden Angehörigen ehemaliger Dynastien, der muß auch Respekt haben vor der jetzigen Regierung. Im heutigen Deutschland kann man mit Revolutionen und Gefühlsduseleien keine Politik machen. Das deutsche Volk ist keine Leiche, wie Herr von Graefe meinte. Es blutet aus tausend Wunden, aber wir hoffen, es wieder heilen zu sehen. (Bravo!) Am demokratischen Stammisch kann man über absolute Freiheit reden, aber bei einem Schicksal von 60 Millionen steht mehr auf dem Spiele. Das Reich darf weder durch Lorbeeren von rechts, noch durch Narren von links gefährdet werden. Jeder Bürgerkrieg ist zu verhindern. (Zuruf rechts: November!) Zuruf links: Wo waren Sie denn im November? Ich werde jeden Ausschweifung von rechts genau so wie von links unterdrücken. Je kleiner die Kruppe, desto schärfer wird sie zupacken. Vorwärts und aufwärts. (Lebhafte Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

Minister Dr. David: Am 4. August 1914 stand das Volk zusammen in dem Glauben, es gelte Haus und Hof zu beschützen. Wer hat diese Einigkeit innerlich zermürbt? Diejenigen, die dem Volke den Glauben genommen haben, es gelte nur der Verleumdung. (Zuruf rechts.) Wer rief die ungeheure Macht Amerikas gegen uns auf den Plan? Wer hat den Verständisfrieden verhindert, der möglich war, wie unsere Stellung noch stark war, ehe noch unsere Bundesgenossen auf der Strecke liegen blieben? Die Politik derer um Herrn Graefe. Als es schon zu spät war, schrie man nach dem Waffenstillstand innerhalb 48 Stunden. Und dann wollte die alte Regierung nicht. Nun traten wir auf und sagten: Vielleicht können wir noch einen erträglichen Frieden machen. Vom Parteienstandpunkt aus hätten wir es vielleicht nicht tun sollen, sondern die anderen die Suppe auslöffeln lassen sollen. (Sehr wahr! links.) Die Niederlage als Folge der Revolution hinzustellen, ist eine bodenlose Entstellung der Tatsachen, und nun schleudert Herr von Graefe seine Anklagen gegen die, die den Frieden unterzeichneten mußten. (Zuruf rechts: Warum hat denn Scheidemann nicht unterzeichnet?) Sie kennen die Beweggründe. Es gab keine andere Rettung. Sind Sie (nach rechts) so verblendet, zu hoffen, daß Deutschland erst bolschewistisch werden muß, damit die Reaktion kommen kann? Das wäre die einzige Erklärung für Ihre Politik.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Wir sind besetzt von Deutschen, von denen, die uns durch den U-Bootskrieg Amerika auf dem Hals hetzen. Gegen eine Welt von Feinden hatten wir Stand gehalten und standhalten war schon Sieg. Der Musketier und der Füllhüter wollte nichts wissen von großen Kriegszielen, wie die Generale und die Großindustriellen. Haus und Hof wollten sie verteidigen, aber nicht weiter gehen. Ludendorff magt es, den Mehrheitsparteien zu unterstellen, sie hätten dem Verfall des Heeres mit Genugtuung zugehört. Diese Gehe Ludendorffs ist unerhört. War denn Ludendorff schon immer ein Freund der Soldaten? Wir wollen, daß Löhnung, Kleidung und Verpflegung des Reichsheeres gut sind. Guter Unterricht muß erteilt werden. Die in Betracht kommenden Stellen des Zivildienstes müssen festgesetzt werden, die den abziehenden Wehrmännern freistehen. Politisch unerfahrene Offiziere dürfen nicht von rechts herbeigeholt werden.

Abg. Koenen (U. S. B.) polemisiert sodann gegen die Reichssozialisten und sagt zum Schluß: Wie stark sind die zeitfreiwilligen Regimenter? Wieviele Kompagnien Stahlhelmorganisationen gibt es? Das alles widerspricht den Friedensbedingungen. Aber es scheint, daß die Entente beide Augen zudrückt, weil diese Organisationen gegen uns gerichtet sind. (Anbauernde Schlußrufe, Zurufe rechts: Ein Hochverräter sind Sie!) Für den neuen Krieg brauchen wir eine Armee. Verräter des Volkes sind Sie. Wenn Noske noch eine Weile am Ruder bleibt und es uns nicht gelingt, die Massen im Zaume zu halten (stürmische Beifall) so fliehet in Deutschland mehr Blut als in den Jahren 1870/71. (Beifall bei den U. S.)

Reichswehrminister Noske: In Berlin sind im März über 1000 Tote zu beklagen gewesen. Es waren Soldaten und Bürger. Aber wir haben dem Kampf abgewehrt, den Sie auf die Straße getragen

haben. Es gibt keine Zeitfreiwilligen-Regimenter. Es gibt Leute, die sich freiwillig eintragen lassen für Zeiten der Not. Der Friedensvertrag wird von der Regierung loyal ausgeführt werden. Auf die französischen Sozialdemokraten ist nicht viel zu rechnen. Der Reichswehr wird anständige Versorgung werden, aber sie muß ein bedingungsloses Werkzeu in der Hand der Regierung sein. (Lärm links, Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das Gehalt des Reichswehrministers wird gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt. Weitere Titel werden angenommen, ebenso eine Entschädigung für Stadt (Deutsch-Nat.), den Waffenmeistern den Rang der mittleren Beamtenlaufbahn zu verleihen. Frau Behm tritt für Bestehenbleiben der Heeresbüchereien ein.

Angenommen wird eine Entschädigung Studien wegen Aufbesserung der Gehälter usw. Der Reichswehr- und Reichsstadt wird angenommen. Beim Haushalt des Reichsmilitärgerichts sagte Minister Noske auf Anfrage Dr. Cohn, U. S., daß er nach einem Wiederauftreten des Hauses diesem den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit vorlegen könne. Der Haushalt wird angenommen. Es folgt der Haushalt des Reichswehrministeriums. Die Sitzung dauert fort.

Politische Neuigkeiten.

Das neue englische Kabinett.

* Drahtlos wird Lt. B. E. B. aus Gorsea gemeldet: Das neue englische Kabinett wird sich folgendermaßen zusammensetzen: Lloyd George Premierminister, Bonar Law Großsiegelbewahrer, Balfour Lord-Präsident des Geheimen Rates, Cumberland Barnes ohne Portfeuille, French Lordleutnant von Irland, Mac Perion, Staatssekretär für Irland, Lord Birkenhead Lordkanzler, Scheriff Inneres, Earl of Curzon Äußeres, Milner Staatssekretär für die Kolonien, Churchill Krieg und Luftstreitkräfte, Montague Indien, Long 1. Lord der Admiralität, Munro Staatssekretär von Schottland, Audland Geddes Präsident des Handelsamtes, T. Wilson Minister für öffentliche Gesundheit, Lord Lee Präsident des Reichswirtschaftsamtes, Fisher Präsident des Unterrichtsamtes, Dorne Arbeitsminister, Eric Geddes Finanzminister.

Kleine Nachrichten.

* In Wiesbaden erlitten die Separationsfreunde bei den Stadtverordnetenwahlen eine Niederlage.

* Die Spaltung unter der französischen Sozialisten. Aus Paris berichtet die „Ag. Havas“: Eine vorgestern von dem abtrünnigen Sozialisten ernannte Kommission beschloß, Kandidatenlisten innerhalb des neuen Bundes aufzustellen, jedoch unter der Bedingung, daß dieser Beschluß von der ehemaligen Mehrheit ausgeht. Die Presse erklärt hierzu, daß die Spaltung künftig als bestehend angesehen werden müsse, daß dies aber immerhin von der Entscheidung der ehemaligen Mehrheit abhängt.

* Die Schweizer Nationalwahlen. Die wahrscheinlich definitive bleibenden Rejulate der Wahlen des Schweizerischen Nationalrates, die zum ersten Male nach dem Proporz stattfanden, sind für die 189 Sitze folgende: Freisinnige demokratische Partei 63 (bisher 68), Katholische konservative Partei 42 (42), Sozialisten 39 (30), Bauernpartei 27 (0), liberale demokratische Partei 9 (1), Christliche Demokraten 4 (4), Ruellianer 3 (3), fortschrittliche Bürgerpartei Basel 1 (1), evangelische Partei 1 (0). In Zürich ist Noske gewählt, während Klatten nicht wieder gewählt worden ist. Die Sozialisten hatten auf 50 bis 60 Mandate gerechnet.

Badische Ueberblick.

Badischer Landtag.

Karlruhe, 29. Okt.

Im Landtag machte vor Eintritt in die Tagesordnung Finanzminister Dr. Wirth erschütternde Mitteilungen über die Kohlenlage unserer Staatsbahnen. Wir geben seine Worte im amtlichen Teil unseres heutigen Blattes wieder.

Sodann beriet das Haus über die Besatzungszulage für die Beamten und Arbeiter des Staates. Abg. Marum (Soz.) erstattete Bericht über die Behandlung der Gesuche der Beamten und Arbeiter im Haushaltsausschuß. Eine nochmalige Beratung habe zu keinem anderen Beschluß geführt, als dem am Samstag gestrigen, wonach eine Besatzungszulage abgestuft in 4 Ortsklassen, in der 1. Ortsklasse für Verbeiratete 500 M., für Ledige 300 M. und als Kinderzulage 200 M. zu gewähren und alsbald auszubehalten sind. Die Beamten und Arbeiter hatten ursprünglich 1000 M., zuletzt 700 M. verlangt. Der Berichterstatter betonte, daß auch jene Mitglieder des Hauses, die gegen diesen Antrag stimmten, es nur aus Gewissensbedenken tun im Hinblick auf unsere schlechte Finanzlage. Der Landtag gehe mit seinem Beschluß bis an die äußerste Grenze des Möglichen. Eine Deckung werde nur erwartet aus den möglichen Budgetüberschüssen, die eigentlich zur Abminderung des Defizits verwendet werden sollten. Er zweifle, ob mit einem Streik mehr erreicht würde. Vom Streikfieber sind wir bisher verschont geblieben. Er hoffe, daß es so bleibt und daß die Beamten und Staatsarbeiter der traurigen Lage unseres Staates Rechnung tragen. Die Betriebsmerkmale seien nicht voll leistungsfähig, wie die Arbeiter erklären, weil sie technisch und organisatorisch nicht auf der Höhe ständen. Deshalb empfiehlt der Haushaltsausschuß die Prüfung dieser Verhältnisse durch eine feingliedrige Untersuchungsausschüsse prüfen zu lassen.

Als einziger Redner sprach außer dem Berichterstatter Herr Finanzminister Dr. Wirth und erklärte: „Im Namen des Staatsministeriums habe ich mitzutheilen, daß wir aus wirtschaftlichen und politischen Gründen dem Antrag des Haushaltsausschusses beitreten. Wir würdigen das Vorgehen des Ausschusses und sind geneigt, den Beschlüssen des Landtags sofort zu entsprechen. Ich darf hinzufügen, daß es die Überzeugung aller Richtungen ist, daß weitgehende Opfer der Überzeugung gebracht worden sind und eine schwere Krise innerhalb der Regierung und des Landtags vermieden worden ist. Ich glaube, daß man in der Arbeiter- und Beamtenchaft diese Opfer zu würdigen wissen wird. Ich weiß, daß es Kreise gibt, die diese Opfer während der Verhandlungen nicht zu würdigen verstanden haben. Das Vorgehen in Schwelgen und Mannheim war ungewöhnlich. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß diese kleinen Reiden politischer Berührung geeignet sind, in uns die schwersten Bedenken nach zu rufen, daß es gelingen wird, den Volkstaat so fest zu verankern, daß er von Angriffen irgend welcher Art gesichert ist, daß er sich in der schweren Not behaupten kann. Es ist der erste Vorgang in einem parlamen-

berischen Lande, daß eine Gruppe von Arbeitern dem Landtag gegenüber demotiviert. Der Landtag ist die Vertretung des Volkes und über dem Landtag ist kein staatliches Organ, auch die Regierung nicht, an das die Arbeiter appellieren können. So bedauerlich die Vorgänge in Schwellingen waren, sie sind in Heidelberg schon überholt — ein Arbeiter hat eine Lokomotive beschädigt. Wer Gewalt gebraucht und die Majestät des Gesetzes verleiht, für einen solchen Menschen ist kein Raum im staatlichen Betrieb, ob Arbeiter oder Beamter. Der Verstoß ist bereits entlassen! Weisfall! Der Staat gebe sich selbst auf, der das ertragen würde, auch nur einen Tag lang u. verdiente eine Periode des Elends durchzumachen und darnach läme — darüber sind wir uns einig — eine schonungslose Reaktion — und die junge Republik wäre in ihren Grundfesten erschüttert und nur eine Episode gewesen. Der Minister spricht sich entschieden für ein einheitliches Vorgehen des Reichs und der Länder in Gehaltsfragen aus. Es geht nicht an, daß ein Land dem andern den Rang abläuft. Die Hoffnungen, die auf den Übergang der Finanz- und Eisenbahnverwaltung an das Reich gesetzt werden, bezeichnen er als eitel; man werde sich nach den Plebiszitöpfen Bodens zurückziehen. Zur Finanzlage bemerkt der Minister, daß er um eine Hoffnung ärmer geworden, da die Überschüsse durch die Mehraufwendungen aufgebraucht werden. Das Schicksal der Eisenbahnen erfüllt ihn mit den schwersten Sorgen: Wir sind auf absehbare Zeit vor einem Bankrottbetrieb gestellt. Das ist das Schmerzliche für den Finanzminister, daß er in Versammlungen sprechen soll, in denen man sehr wenig Verständnis für unsere Zukunft gezeigt hat. Für das Erfordernis des nächsten Jahres ist wenig Verständnis vorhanden. Wir sind nicht in der Lage, neue Steuern zu machen. In Berlin ist man daran, die Reichseinkommensteuer zu machen. Sie wird eine namhafte Belastung bringen für alle großen Einkommen. Es ist ausgeschlossen, daß wir Zuschüsse dazu erheben können. Was besonders zu beachten ist, auch die Städte werden in den nächsten Jahren nicht mehr in die Lage kommen, diese Zuschüsse auf Einkommen und Vermögen zu machen, die sie bisher haben machen können. Was in den nächsten Jahren im badischen Lande gemacht werden muß, kann nur auf Kredit geschehen, nur dadurch, daß dem badische Staat Schulden macht. Wir müssen schon Schulden machen, um das allgemeine Defizit zu decken. Warum hat angeordnet, daß die Arbeiter den Lohnsatz zum 1. Dezember kündigen werden. Die Mehraufwendungen werden auf Kredit gemacht werden müssen. Alles hängt davon ab, die Kreditwürdigkeit des badischen Staates zu heben. Derjenige, der sich an Streiks beteiligt in diesem Winter, ist nicht nur der Herrscher seines Landes, sondern auch seiner eigenen Sache, des Landes und seiner Zukunft! Der Minister weist schließlich hin auf die unfreundlichen Briefe und Drohungen, die er aus dem badischen Volk erhalten. Manche, die ein Leben der Arbeit hinter sich haben, sind der Verzweiflung nahe und drohen. Hier zu helfen sind die Gemeinden zuständig. Wenn die Kohlenkatastrophe sich verschärft, müsse der Staat seine letzten Mittel aufwenden, um die Not abzuwehren. Da werden auch die heute Enttäuschten dankbar sein, wenn jetzt Hauskälterisch mit den Staatsbedürfnissen umgegangen werde. Der Minister schloß mit der Versicherung, er werde den Antrag, sobald er angenommen, sofort nachziehen. Auf Antrag des Abg. Mahr-Karlsruhe findet namentliche Abstimmung statt. Der Ausschussantrag wird mit 78 gegen 13 Stimmen angenommen. Hierauf wurde noch über die Denkschrift der Kriegsteilnehmenden Bekräftigung praktischer betr. die Ermäßigung der Prüfungsanforderungen beraten und durch die Regierungserklärung für erledigt erklärt. Nächste Sitzung 6. November: Vereinigung von Weiblinen mit Heidelberg, Deutervertrag und Anfragen. Schluß 147 Uhr.

Neue Anträge im Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtags hat beschlossen, im Landtage die folgenden Anträge einzubringen und Anträge zu stellen:
Gegen die Wucherer und Schleichhändler.
Das Staatsministerium wird ersucht, bei dem Reichsministerium und im Reichsrat dafür einzutreten, daß die Strafen für Preiswucher, Schleichhandel und Kettenhandel und Nichterfüllung der Abfertigungspflichten verschärft werden; insbesondere sollen die bestehenden Bestimmungen in folgenden Punkten geändert werden:
1. Nicht nur beim Rückfallsdelikt soll Suchtstrafe zulässig sein, sondern bei allen gewerbsmäßig begangenen Straftaten, und dann, wenn der Umsatz des strafbaren Geschäfts 10 000 M., oder wenn der unerlaubte Gewinn mindestens 1000 M. beträgt.
2. In allen Fällen der Verurteilung wegen vorsätzlichen Preiswuchers, Schleichhandels oder Kettenhandels muß die

Erstes Sinfonie-Konzert des Landes-theaterorchesters.

„Ich will dem Schicksal in den Rücken greifen, ganz niederbeugen soll es mich gewiß nicht!“, das ist das Urbema zu fast allen sinfonischen Varianten, mit Übergang steht es aber allein über der Neunten. Denn hier sind es nicht mehr die persönlichen Wünsche, das ist keine ungehörige Triebkraft eines Einzelnen, der sich los- und durchringt; da ist es der erhabene Menschheitsgedanke selbst, der über die Menschen hinweg zur höchsten Höhe führt. Zu einer tausendfältigen Verneinung gehört Mut, zu dem aber, was Beethoven in diesem Werke geleistet hat, der unerschütterlichste Willenseinsatz; gilt es doch über den aufgesammelten Widerstand unserer Natur zu siegen, die niedrigst vorübergehende Anwendung von trostlosen Analogien auszuschalten und den Anbruch des Glanzes neuer Menschwürde zu feiern. In dem Reiz seiner Oberfläche — in der instrumentalen Behandlung — ist auch dieses immense Werk begrenzt, innerlich jedoch steht es so unbegrenzt vor uns, daß noch mancher Mißhet an seinen Weihegerichten sein Nichtschließen füllt kann, daß es mehr Symbol denn Wirklichkeit bleibt. So sind auch die Formen seiner vorstehenden Erfassung gar verschieden. Aber soweit persönlich-künstlerischer Intellekt durch ehrliches Selbststudium ein gewisses vollkommenes Stadium der Wiedergabe erreichen kann, war der Gefinnungsgrund der von Fritz Cortis geleiteten Aufführung gut. Die Musik verlor sich nicht in biblischen Abstraktionen; der Dirigent hüte sich wohl, die Grenze des ihm zur Verfügung stehenden Landesorchesters zu überschreiten; er wachte die Bewertung der einzelnen Orchestergruppen so einzustellen, daß keine Ergänzungsbedürftigkeit und Angulänglichkeiten die partielle Totalität und Universalität fürte, zu der unbedingt die ganze tragische Wucht des Werkes hinleiten muß. In diesem Mehr, als Musik liegt überhaupt die gefährliche Doppelströmung, die fast zu einer Abweisung der Musik führt, und nur sinnvolle Beschränkung kann sich von diesem heftigen Abgrund bis zu dem allerletzten Problem der Freude in Gott vorwagen und ihr sieghafte Kraft verleihen. Ich muß bekennen, daß der Schlusschor mir noch nirgendwo so mächtig und voll kosmischer Kraft erschien wie gestern, daß auch die — fast möchte ich sagen — elektrisch-mystische Spannung zu Anfang des vierten Satzes eine joubertine Tat war. Das Orchester durchließ auch sonst die Moti-

überweisung an die Landespolizeibehörde zwecks Unterbringung im Arbeitshaus ausgesprochen werden.

3. Gegen denjenigen, der vorsätzlich, beharrlich und wiederholt seine Abfertigungspflichten nicht erfüllt, soll als Strafe die Einziehung seines Vermögens oder eines Teils desselben zulässig sein.

4. Alle Straftaten des Preiswuchers, Schleichhandels, Kettenhandels und der Vergehen gegen wirtschaftliche Anordnungen, soweit sie nicht durch Strafbefehl erledigt sind, werden durch Sonderstrafgerichte abgeurteilt, bei welchem mindestens ein Beisitzer der Klasse der Verbraucher angehören muß.

Wiedereinführung der Zwangswirtschaft.

Das Staatsministerium wird ersucht, beim Reichsministerium dringend die sofortige Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Leder und Maßnahmen zu beantragen, welche die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhwerk zu erschwinglichen Preisen ermöglichen.

Einbringung eines Heimstättengesetzes.
Das Staatsministerium wird ersucht, dem Landtag den Entwurf eines Heimstättengesetzes auf der Grundlage des Vorentwurfs vom 15. Mai 1919 zur Beratung vorzulegen.

Anfrage wegen der Kartoffelernte.
Ist dem Staatsministerium bekannt, daß trotz der günstigen Kartoffelernte die Abfertigungen ganz erheblich hinter dem Soll zurückbleiben?

Kann darüber Auskunft gegeben werden, in welchen Gegenden und Ortschaften besonders schlecht abgefertigt wird? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um die Versorgung des Volkes mit Kartoffeln sicher zu stellen?

Anfrage wegen der Kohlenversorgung.
Kann das Staatsministerium über die Kohlenversorgung Lebens Auskunft geben?

Welche Maßregeln sind getroffen, um die Industrie, Lebenswichtige Anstalten, wie Gaswerke, Krankenanstalten, Heilanstalten und Schulen mit Brennstoff zu versorgen?

Dem Landtag sind verschiedene neue Besuche zugegangen und zwar u. a. von dem Verein technischer Eisenbeamten mit ihren Forderungen, von der Handelsgesellschaft Wertheim mit der Bitte um Einschränkung des Verbots der Sonntagsarbeit und von dem Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten, Bezirksverein Konstanz, Kreisverein Schwarzwald, mit dem Wunsch um Schaffung eines Notgesetzes zur Befreiung des Schiebertums.

Personenverkehr an Allerheiligen.

* Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt:
Am 1. November (Allerheiligen) verkehren die Schnell- und Personenzüge in Baden wie an Werktagen vor Sonn- und Feiertagen.

* Die Verkehrsbestimmungen des Abschnitts IV der neutralen Zone

sind, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, neu herausgegeben worden. Es sind daraus folgende Punkte hervorzuheben:

Der Abschnitt IV ist mit zuständig für: 1. rechtsrheinisch den Mainzer Büdendorf und das bisherige Großherzogtum Hessen; 2. linksrheinisch die Provinz Rheinprovinz und den westlich anschließenden Teil der Rheinprovinz, im Norden begrenzt durch die Linie Wismarschloß-Neuzig, im Süden durch die Pfälzer und Lotharinger Grenze.

Zivilpersonen haben sich gegen Einreise in das besetzte Gebiet der 10. französischen Armee unter Vorlegung eines deutschen Reisepasses (sauberes Gest mit grünen Wältern) an das Zivilkommissariat für den preussischen Teil des Abschnitts IV, Frankfurt a. M., Bismarckplatz 27 zu wenden, das ihnen das französische Visum vermittelt. Es ist zwecklos, wenn solche Personen sich unmittelbar an den französischen Verbindungsstab oder das Abschnittskommando wenden.

Einreisegehalte nur zum Kurzgebrauch in Wiesbaden sind an den Magistrat der Stadt Wiesbaden, Einreisebüro in Wiesbaden, zu richten, unter Beifügung von 4 Mark in Marken für die telegraphische Antwort, zweier Passbilder, eines ärztlichen Attestes, daß eine Seuchengefahr bei dem Antragsteller nicht vorliegt, und einer genauen Personalbeschreibung. Dem Antragsteller wird telegraphiert, daß er seinen Pass persönlich in Frankfurt a. M. in dem dort von der Stadt Wiesbaden errichteten Passbüro abholen kann. Die Pässe werden auf drei Monate ausgestellt. Eine Quarantänepflicht besteht nicht. Kinder unter 12 Jahren unterliegen der Passpflicht nicht.

Ketten stark triebhaft und unbewußt großzügig, und den geschlossenen Ring ergab die außerordentlich prägnante Leistung des durch den Singchor des Theaters verstärkten Bachvereins. Auch das Soliquartett (M. v. Ernst, M. Rehl-Demmer, C. Seydel und M. Wüthner) löste seine an sich undankbare Aufgabe, an der transzendenten Auffassung und dem Wachstum des Werkes in den Kosmos hinein mitzuwirken, in anerkannter vorzüglicher Weise. Die von allen anderen Entwürfen abgeforderte Wirkung der Neunten war denn auch deutlich in dem fast ausverkauften Haus zu erkennen. Das lose Spiel echt musikalischer Gegenkräfte zeigte die zuvor dargebrachte Serenade für 13 Blasinstrumente, ein Program von naturhaftester Ursprünglichkeit und unermesslicher Kindlichkeit, der vor allem den Solistissen Sondererfolge von entzückender Unmittelbarkeit schenkt. G. Sch.

Zeitschriftenschau.

Schule und Lehrerschaft beanspruchen seit längerer Zeit schon mit Recht ein wesentlich höheres Interesse als früher in weiten Kreisen. Sicher wird da auch ganz besondere Beachtung ein Urteil finden über „Die Zukunft der deutschen Lehrerschaft“ aus der berufenen Feder des Ministers des Kultus und Unterrichts in Baden, Professor Hermann Summel in Karlsruhe, in der neuesten Nummer 3982 der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ (Verlag J. F. Weber, Leipzig und Berlin). Auch die zahlreichen übrigen Beiträge dieser größten deutschen Wochenchrift rechtfertigen ihren alten guten Ruf. Erwähnt seien nur der 3. Artikel über die Malerei (Pointillismus und Kubismus) des hiesigen bekannten Kunstschriftstellers Dr. Deri mit 12 charakteristischen Bildproben, Der feierliche Ergeß, Persönliche Erinnerungen an Ernst Haedel, Unsere Miniaturnäher (eine überaus feinsinnige Naturphilosophie) u. a. m. Dazu kommen noch aktuelle Bilder berühmter Männer, hervorragender Vorgänge auf dem Gebiete von Theater und Sport, kurze Abhandlungen aus Wissenschaft und Technik sowie Literatur und Kunst, und ein hübsches doppelseitiges Bild vom Heimkehrerfest des Wahrsagen Schützenbundes auf der Theresienwiese zu München. Besondere Hervorhebung verdient der neue, in der Künzburger Reihe spielende humoristische Roman „Der Türkenfisch“ von Gustav Kohn, dessen fesselnde Erzählungsweise an Niederjachsens bekanntesten Schillerer Hermann Böns erinnert.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

BC. Oberkr., 29. Okt. Wegen Schleichhandels mit Branntwein hatte sich vor dem Schöffengerichte ein Monteur aus Besseln zu verantworten, der bis vor kurzem Arbeitslosenunterstützung bezog. Seit er Schleichhandel betreibt, haben sich seine Vermögensverhältnisse so gebessert, daß er die Absicht hatte, im Reichthal ein Anwesen für 60 000 Mark zu kaufen. Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Wochen Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe, außerdem soll der beschlagnahmte Branntwein einbezogen werden.

Aus dem badischen Parteileben.

Parteitag der badischen Zentrumsparlei.

oc. Die badische Zentrumsparlei hielt am Montag und Dienstag ihren Parteitag ab, der (dem Bericht des „Bad. Beobachter“ zufolge) von 600 bis 700 Delegierten besucht war. In einer Sitzung des Hauptausschusses waren die zum Parteitag gestellten Anträge beraten worden. In Verbindung des 1. Vorl. Geisl. Rat Wader begrüßte Abg. Schofer die Versammlung, worauf sich Finanzminister Dr. Wirth über die aktuellen Tagesfragen verbreitete. Der Minister führte dabei aus, die Politik des Kritikerens und Schimpfens nütze augenblicklich gar nichts, jeder müsse jetzt der Regierung helfen. Das finanzielle Elend sei auch in Baden groß und bei uns sei es mit der alten staatl. Selbständigkeit vorbei. Baden sei es noch etwas wie eine gehobene Provinz. Bei dem Übergang der badischen Bahnen an das Reich — wann das geschehen wird, steht noch nicht bestimmt fest, bis 1921 muß der Übergang aber vollzogen sein —, haben wir gewisse Sicherungen für die Wahrung der Personalien der bad. Landesangehörigen. Der Minister forderte dann die Vertretung des Gebantes der sozialen Gerechtigkeit und bemerkt am Schluß, in der heutigen Zeit könne nur eine Koalitionsregierung, wie wir sie haben, erfolgreich arbeiten.

In der sich anschließenden Aussprache wurde auch die Beschaffungszulage erwähnt und der Minister Dr. Wirth bemerkte auf abfällige Äußerungen eines Eisenbahners antwortend, er habe seinen Ministerposten zur Verfügung gestellt, die Partei habe ihm aber volles Vertrauen ausgesprochen.

Nach einem instruktiven Vortrag des Abg. Staatsrats Wittenmann über Organisation und Presse wurden verschiedene Anträge angenommen, in welchen die Förderung der Schulung der Parteimitglieder zum Ausdruck kam, ferner bei der zweifello eintretenden großen Arbeitslosigkeit die Schaffung von Arbeitsgelegenheit gefordert und in der Frage der Wohnungsnot die Zentrumsfraktion des Landtags ersucht wurde, der Wohnungsfrage ihre ganz besondere Sorge zuzuwenden. Der weiteren wurde ein Antrag über die Neuorganisation der Wandhorstbünde angenommen. Der Zentrumsfraktion im Reich und in Baden wurde volle Anerkennung für ihre politische Arbeit und uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen. Der Parteitag hörte dann weiter Vorträge des Geisl. Rats Dr. Neuhard über die sozialen Ideale in der Verfassung, des Staatsrats Weisshaupt über landwirtschaftliche Fragen und des Gemeindefortschritts Erling über sozialpolitische Fragen.

oc. Der Vorstand und Ausschuss der badischen sozialdemokratischen Partei erörterte politische und organisatorische Fragen und nahm einstimmig eine Entschließung an, in der die neuerlichen Maßnahmen des Ministeriums des Innern im Kampf gegen den Wucher, Schleichhandel und Schiebertum begrüßt werden und die Erwartung ausgesprochen wird, daß alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse, die Regierungsorgane im Kampf gegen Wucher usw. unterstützen. In der Entschließung wird die Aburteilung der Wucherer usw. durch Sonderstrafgerichte verlangt, in welchen die Verbraucher mindestens durch die Hälfte der Beisitzer vertreten sein sollen.

Badische Zeitungstimmen.

Ein trauriges Kapitel.
Ein Arzt schreibt in den „Marktgrüner Nachrichten“: „Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten tritt in diesen Tagen zu ihrer diesjährigen Generalversammlung zusammen. Wenn sie die Bilanz ihres Wirkens zieht, kann sie zu keinem erfreulichen Ergebnis kommen. Die Geschlechtskrankheiten nehmen zu, nicht ab. Seit 1910 bis 1914 war im Heere eine Vermehrung der Syphilis um etwa 20 Prozent gegenüber den Jahren 1906—1910 (Salvarsaneinführung 1910) zu verzeichnen. 1906 bis 1910 wurden in allen deutschen Krankenhäusern zusammen circa 60 000 männliche Syphilitiker amtlich registriert, während in den Jahren 1910—1914 (also noch vor dem Kriege) die Zahl die erschreckende Höhe von 120 000, also eine Steigerung von 100 Prozent erreicht hatte. Wunderbar man sich, wenn in Würzburg dreimal mehr Frauen und achtmal mehr Männer geschlechtskrank sind, als vor dem Kriege, und wenn in einer süddeutschen Universtität die Poliklinik der Universtität, die früher nur von einigen Personen besucht war, heute circa 200 Geschlechtskranke täglich behandeln muß? In einem kleinen Landstädtchen! Weib ein anderer Schluß übrig als der, daß die von der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angewandten Methoden auf ihre Verbesserungsfähigkeit untersucht werden müssen? Man entsinne sich, daß es gerade diese Gesellschaft war, die mit dem von ihr protegierten Aufführungsstil züchtete, über deren verheerende moralische Wirkungen heute sich ganz Deutschland klar ist! Es gibt nur ein Radikalmittel, das der Ausdehnung des Sexual-Verkehrs und der Geschlechtskrankheiten ernstlich zu Leibe kann; das ist die Einführung der allgemeinen gleichen diskreten Anzeige- und Behandlungspflicht. Gerade dieses ist von der genannten Gesellschaft immer bekämpft, seine Erörterung in den von ihr unterstützten Organen, Vorträgen usw. immer unterbunden worden! Aber die Idee marschiert und setzt sich auch gegen die Gesellschaft durch.“

Staatsanzeiger.

Das Ministerium des Innern hat unterm 18. Oktober d. J. den Verwaltungsjektör Oskar Hilbert beim Bezirksamt Karlsruhe zum Oberverversicherungsamt Karlsruhe bestellt.

Mit Entschließung des Ministeriums der Finanzen vom 10. Oktober d. J. wurde Bauinspektor Richard Maier in Wiesloch zur Vernehmung der Stelle des Vorstandes der Bezirksbauinspektion nach Waldshut bestellt.

Kunsthandlung und Rahmenfabrik
E. Büchle
Karlsruhe, Kaisersstraße 128 zwischen Wald- und Karlstrasse
Wandbilderschmuck
Bildereinrahmungen
:: Inh. W. Bertsch ::

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Besetzung der Kreisbezirke
Karlsruhe-Land II und Karlsruhe-
Land III betr.

Nachdem infolge Ablebens des bisherigen Inhabers
des Kreisbezirks Karlsruhe-Land II diese Stelle erledigt
war, hat das Arbeitsministerium eine Zweiteilung
dieses Bezirkes vorgenommen.

Es umfassen:
Kreisbezirk Karlsruhe-Land II die Gemeinden Bü-
ding, Wulach, Hagsfeld und die Stadtteile Beiertheim,
Müntheim und Müppurr.
Kreisbezirk Karlsruhe-Land III die Gemeinden Aie-
lingen, Welschneureut, Teufschneureut, Leopoldshafen
und die Stadtteile Darglanden und Grünwinkel.

Bewerbungen um eine dieser Stellen, die in dem
Gesuche genau zu bezeichnen ist, sind längstens bis
1. Dezember 1919 unter Anschluß der nach § 5 der
Verordnung vom 29. November 1887 erforderlichen
Unterlagen und Zeugnisse bei dem unterzeichneten
Bezirksamt einzureichen. Sollte für den Fall der
Nichtübertragung des in erster Linie begehrten Bezir-
kes die Zuweisung des anderen erwünscht sein, so ist
dies in dem Gesuch ausdrücklich hervorzuheben.

Unsere Ausschreibung zur Bewerbung um den frühe-
ren Kreisbezirk Karlsruhe-Land II vom 20. Oktober
1918 ist hinfällig geworden.

Karlsruhe, den 28. Oktober 1919.
Bezirksamt II. O. 3. 284

Die Neubefetzung des Kreis-
bezirkes V der Stadt Karlsruhe
betr.

Infolge Abgangs des bisherigen Inhabers des V.
Kreisbezirks hiesiger Stadt ist dieser Bezirk neu zu
vergeben.

Der V. Kreisbezirk wird begrenzt durch die westliche
Seite der Treitschkestraße, die südliche Seite der Hebe-
niasstraße, die westliche Seite der Wilhelmstraße, die
nördliche Seite der Schützenstraße, die westliche Seite
der Marienstraße, die südliche Seite der Baumeister-
straße, die westliche Seite der Eitlingerstraße, die süd-
liche Seite der Hirschstraße und die Gemarkungs-
grenze.

Bewerbungen um den Bezirk sind spätestens bis
1. Dezember d. J. unter Anschluß der nach § 3 der
Verordnung vom 29. November 1887 erforderlichen
Unterlagen und Zeugnisse bei dem Bezirksamt hier
einzureichen.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1919.
Bezirksamt. O. 3. 286

Hilfe für alle
Schlechtschreiber

durch F. Sud, Spezialist für Handschriftenverbesserung
garantiere nur Erfolg, oder das ganze Honorar zurück!
Kurs M. 20.-; Teilzahlung gestattet.

Nach allen Orten Deutschlands brieflichen Unterricht
Montag und Donnerstag bei freier Stun-
denwahl von morgens 8 Uhr bis abends
9 Uhr persönlicher Unterricht in ge-
räumigen Lokalitäten. Kursdauer 6 bis 8 Stunden.
Karlsruhe, Delfingstr. 78. Auskunft gegen
Kaufporto.

Für Pforzheim: Auskunft durch E. Stitel, Brüderstr. 1

**Abhandlungen
zur bad. Landeskunde**

Herausgegeben von Prof. Dr. Ludwig Reu-
mann in Freiburg i. B. und Prof. Dr. Alfred
Hettner in Heidelberg.

Schriftleitung: Dr. Daniel Häberle
in Heidelberg

I. Heft:
**Die Entwicklung der
Kartographie Südbadens**
im 16. und 17. Jahrhundert
Von Dr. Johannes Berner
Mit 21 Abbildungen auf 14 Tafeln. (64 Seiten
groß 8°). Preis M. 3.60

II. Heft:
**Die Oberflächenformen
des nördl. Schwarzwaldes**
Von Dr. Heinrich Schmitthenner
Mit 6 Abbildungen und 1 Tafel. Preis M. 3.40

III. Heft:
**Studien zur Talgeschichte
der Großen Wieße
im Schwarzwald**
Von Dr. Bernhard Brandt
Mit 2 Karten und 3 Tafeln. Preis M. 2.70

IV. Heft:
Der Kraichgau
Eine siedlungs- u. kulturgeographische Untersuchung
Von Dr. Friedrich Reh
Mit 4 Kartenskizzen. Preis M. 4.-

Auf die Preise kommt noch ein Feuerungszuschlag
von 40 Prozent

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag
Karlsruhe in Baden.

Die Geschäftsräume der unterzeichneten
Banken und Bankiers bleiben am

Samstag, 1. November

1919 — (Allerheiligsten)

geschlossen.

Badische Bank. — Volk L. Homburger
Mitteldeutsche Creditbank, Filiale Karlsruhe
Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe
Straus & Co. — Süddeutsche Disconto-
Gesellschaft, Filiale Karlsruhe
Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H.

Sonder-Ausstellung

W. Meyerhuber
vom 24. bis 31. Oktober

Kunst- Gerber & Schawinsky Kaiser-
handlung strasse 221

Noch ist es Zeit!
Da Aluminium enorm gestiegen ist, gebe ich
nur noch bis zum 15. November diese
vier rein Aluminium-Kochtöpfe



Inhalt 4 3 2 1 1/2 Liter mit Deckel
zu Mark 65.— gegen Nachnahme.
(Bedingung ist, bei Bestellung dieses Inserat mit einzusenden)
August Seuthe, Kolthausen bei Plettenberg i. W.
Herscheiderstraße.

Gewerbe- und Vorschubank Karlsruhe

gewährt
**Darlehen gegen Sicherheiten
auch an Gemeinden.**

Vergrößerungen

in erstklassiger Ausführung auch nach
schlechten Vorlagen, liefern
Samson & Co.,
Atelier für moderne Photographie
und Vergrößerungs-Anstalt.
Kaiserpassage 7 Ruf 547

**Süddeutsche
Aufzug- und Kranbauanstalt
Göppingen**

**Aufzüge
Krane**
Kurze Lieferzeiten.

**„Inex“, Internationale Ex- u.
Importgesellschaft m. b. H.,**

Karlsruhe i. B. Kriegsstraße 116
Unsere vornehmste Aufgabe wird die Ausfuhr
vorzugsweise badischer Fabrikate sein u. bitten
wir Hersteller um Angebote.

**Für Flüchtlinge!!
Sommerl. Steinmühle**

bei Weibersbrunn
(Spessart). Angenehmer
Winteraufenthalt bei erm.
Preisen. Gute Verpflegung
und Heizung in allen Zim-
mern. Besitzer M. Liebler.

**Gut erhaltenes
Pianino
oder
Flügel**

aus Privathand zu
kaufen gesucht.
Angeb. unter G. 924
an die Expedition
der Karlsruher
Zeitung erbeten.

GELD

ersch. solb. Leute jed. Stand.
ohne Bürgen von 100 bis
3000 Mark durch
Becker, Heidelberg.
Eppelheimerstr. 25.
Kontenrückzahlung gestattet.
Sprechzeit jeden Tag von
2-6 Uhr nachmittags und
Sonntags vormittags.
Sprechstunden in Karlsruhe
Dienstag und Freitag von
8-11 Uhr im Hotel Rat-
wurfstraße, alter Bahnhof.

Tapeten

Reichhaltige Auswahl.
H. DURAND
Douglasstraße 26, Tele-
phon 2435. Bei der Haupt-
post. Übernahme von
Tapetezarbeit. Muster-
kollektion steht zu
Dienst.

Badisches Landestheater

Freitag, den 31. Oktober 1919
Der Ring des Nibelungen
Vorabend

Das Rheingold

Anfang 7 Uhr (Erhöhte Preise)
Samst. 1. Nov. Der Ring des Nibelungen: 1. Tag.
Die Walküre. Brünhilde: Beatrice Lauer-Kottlar.
(Gr. Pr.) 5. Sonnt. 2. Nachm. 2 1/2. Kottfäpchen.
(60-250), abends 6 1/2. Cavalleria rusticana. — Der
Bajazzo. (Große Pr.). Mont. 3. Die 3 Zwillinge.
(Kleine Pr.) 7. Dienst. 4. Lindb. (Große Pr.) 7.
Mittw. 5. Neu einstudiert. Brünhilde: Bea-
trice Lauer-Kottlar. (Mittel-Pr.) 7/8. Donnerst. 6. Die
Mondscheindame. (Mittel-Pr.) 7. Freit. 7. Der Ring
des Nibelungen 2. Tag. Siegfried. Brünhilde: Bea-
trice Lauer-Kottlar. (Gr. Pr.) 5. Samst. 8. Die
3 Zwillinge. (Kleine Pr.) 7. Sonnt. 9. Der Ring des
Nibelungen. 3. Tag. Götterdämmerung. Brünhilde:
Beatrice Lauer-Kottlar. (Gr. Pr.) 4 1/2. Mont. 10.
Zur Feier von Schillers Geburtstag. Wallenstein
Lager. — Die Piccolomini. (Mittel-Pr.) 7/8.
Für die Vertagsvorstellungen mit Ausnahme der
Ringvorstellungen gelten die Vorzugsarten. Vorrecht
für die Vorzugsarten am Freitag, den 31. u. Samst-
tag, den 1. an der Kasse im Theatergebäude, Verkauf
zum Kassenpreis von Montag, den 3. Nov. an.

Kassenschrank

gebraucht, feuer- u. diebstahlsicher, mit den Innen-
maßen von 1,75x1,10 oder 2x1,30 m
sofort zu kaufen gesucht.
Offerten unter H 102 an die Exped. d. Karlsruh. Ztg. erbeten.

Langholz-Submmission.

Aufgebot.
D. 886.2 Engen. Der
Schuldbesitzer Karl
Dente in Luttingen hat
als Eigenbesitzer der
Grundstücke Gemarkung
Gittingen, Lgh. Nr. 1115,
10 ar 15 qm und Lgh. Nr.
1116; 10 ar 25 qm Ader-
land im Gewann Schmitz-
bau das Aufgebot zum
Zwecke der Ausschließung
des Eigentümers der ge-
nannten Grundstücke ge-
mäß § 927 BGB. bean-
tragt.
Der bisherige Eigentü-
mer wird aufgefordert,
seine Rechte spätestens in
dem auf
Montag, 22. Deabr. 1919,
vormittags 9 Uhr,
vor dem Amtsgericht En-
gen anberaumten Aufge-
botstermin anzumelden,
widrigenfalls seine Aus-
schließung erfolgen wird.
Engen, 22. Okt. 1919.
Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.

D. 882.2 Eriberg. Das Kon-
kursverfahren über das
Vermögen des Kaufmanns
August Andris in Eriberg,
Inhaber der Firma Au-
gust Andris in Eriberg
wurde nach Abhaltung des
Schlusstermins und Voll-
zugs der Schlusserteilung
aufgehoben.
Eriberg, 21. Okt. 1919.
Der Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.
Beim diesseitigen Ve-
richtsam ist eine
Kanzlei gehilfenstelle
zu besetzen. Geeignete Be-
werber, die durchaus ge-
wandt im Maschinenschrei-
ben sind, wollen sich mel-
den.
Meffrich, 25. Okt. 1919.
Bad. Bezirksamt.
Beim Grundbuchamt
der Stadt Heidelberg ist
die Stelle eines
Secretärs
alsbald zu besetzen. Be-
werber, welche die Ge-
richtsschreiberprüfung be-
standen haben, wollen sich
unter Angabe ihrer Ge-
haltverhältnisse sowie un-
ter Mitteilung von Dienst-
zeugnissen bis längstens
10. November d. J. mel-
den. Mündliche Vorkel-
lungen vor Aufforderung
sind zwecklos.
Heidelberg, 24. Okt. 1919.
Der Stadtrat.
**Vermessungsteh-
nijher Assistent**
flotter Zeichner für unser
Vermessungsamt zum so-
fortigen Eintritt gesuch.
Meldungen mit Beifü-
gung von Zeugnisabschrei-
ten, Probezeichnung und
Lebenslauf sind unter An-
gabe der Gehaltsansprüche
einzureichen an das
Bürgermeisteramt Sengen.
Sohentwiel.

Verkauf von ausgemu-
sterten Güterwagen —
Untergestellten (10 Stück),
Personenwagen — Unter-
gestellten (2 Stück) und be-
schädigten, offenen Güter-
wagen (5 Stück). Die
Fahrzeuge sind lauffähig
und für den beschränkten
leichteren Verkehr geeignet.
Verkaufsbedingungen und
Zeichnungen auf postfreie
Anfrage zum Preise von
2 Mark für Güterwagen
und 2 Mark für Unterges-
tellen erhältlich. Versand
nach auswärts als porto-
pflichtige Dienstsache, ge-
gen postfreie Zustellung
der Beträge an Stations-
kasse Hauptwerkstätte
Karlsruhe. Angebote mit
Aufschrift sind beschloffen,
postfrei, spätestens bis 27.
November 1919 einzurei-
chen. Zuschlagsfrist 4 Wo-
chen.
D. 689.2
Karlsruhe, im Okt. 1919.
Verwaltung der Haupt-
werkstätte.